

DISPATCH		CLASSIFICATION		PROCESSING ACTION	
		S E C R E T			MARKED FOR INDEXING
TO	Chief, EUR			X	NO INDEXING REQUIRED
INFO.					ONLY QUALIFIED DESK CAN JUDGE INDEXING
FROM					MICROFILM
SUBJECT	LCBEFORE/Psych				
ACTION REQUIRED - REFERENCES					
Reference: OELA-50323, 15 January 1969 (not sent)					
Attached herewith is a cutting from the Vienna daily <u>Die Presse</u> of 11/12 January by Otto Schulmeister, and a replay which appeared in the <u>Frankfurter Allgemeine Zeitung</u> on 13 January. While LCBEFORE does not seek to take credit for these pieces, it brought them to our attention because Schulmeister is a close friend of its Vienna contact and a reading of the piece lead them to feel that he had received some briefing from their man. The <u>Die Presse</u> piece was particularly gratifying since it followed a meeting in Vienna that week of representatives of European neutral countries - Sweden, Switzerland, Austria - discussing European integration.					
Attachment: As Stated Herewith					
Distribution:					
23 - C/EUR, w/attach h/w					
1 [] w/attach h/w					
DECLASSIFIED AND RELEASED BY CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY SOURCE METHOD EXEMPTION 3B2B NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT DATE 2008					
DOCUMENT PROCESSED FOR DECLASSIFICATION 6 FEB 1969 (date)					
FEB 3 1969					
DEFERRED					
CROSS REFERENCE TO	DISPATCH SYMBOL AND NUMBER		DATE		
	OELA-50304		29 January 1969		
	CLASSIFICATION		HQS FILE NUMBER		
	S E C R E T				

13. 1. 1969

Ideologie statt Moral

Die Wiener „Presse“ kritisiert die Art der Neutralität, die Schweden eben mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Hanoi zeigen.

„Wer freilich mit unserer Zeit rechnend, wird in der Neutralitätspolitik der schwedischen Neutralitätspolitik am Fall Vietnams kaum etwas bemerken. gewisse Zielstrategien zu erkennen, die bis auf 1965 und 1966 zurückgehen. Anders gesagt: An die Stelle des kategorischen Engagements ist immer mehr eine Ideologisierung getreten, die von vornherein alle Schuld den Amerikanern, den „Antikommunisten“, aufbürdet und sich weigert, die politischen und militärischen Tatsachen in Südostasien zur Kenntnis zu nehmen. Sollte der Aufbau einer solchen radikalen Ideologie — nicht nur in dieser Hinsicht — einen Zweck haben? Ist die Fädele in der Wohlfahrtsdemokratie? Einen Sündenbock zu haben, ist immer bequem.“

CS COPY

DECLASSIFIED

H/Watt 1-OELA-50304

Gründwald sah nur ... rinnen aus Österreich: Gertrud Gabl (links) gewann Slalom, Riesenslalom und Kombination, Wolfgang Drexel (rechts) die Abfahrt. Die Amerikanerin Judy Nagel gratuliert.

DIE PRESSE
11/12.1.69

Kiesinger nach Wien

Eigenbericht der „Presse“

Wien (11. Der deutsche Bundeskanzler Kiesinger wird Österreich von 18. bis 22. März offiziell besuchen. Dies teilte Bundeskanzler Kiesinger am Freitag auf der Pressekonferenz in Bonn mit. Der Besuch wird im Rahmen der deutsch-österreichischen Beziehungen im Jahr 1969 stattfinden. Kiesinger wird in Wien, Linz und Salzburg verweilen. Am 18. März wird er in Wien von Bundespräsident Schuschnigg empfangen. Am 19. März wird er in Linz von Bundeskanzler Schuschnigg empfangen. Am 20. März wird er in Salzburg von Bundeskanzler Schuschnigg empfangen. Am 21. März wird er in Wien von Bundeskanzler Schuschnigg empfangen. Am 22. März wird er in Wien von Bundeskanzler Schuschnigg empfangen.

Ideologie statt Moral

VON OTTO SCHULMEISTER

Der Schritt der schwedischen Regierung, Nordvietnam anzuerkennen, ist die Konsequenz einer längeren Entwicklung; er kommt nicht überraschend, ist deswegen aber nicht weniger bedeutsam. Denn Schweden hat sich zu einer Politik der Neutralität verpflichtet, die auch für die beiden anderen Neutrale, Finnland und die Schweiz, von großer Interesse ist. Das von den Schweden seit Jahrzehnten verfolgte Land mit einer außerordentlich modernen Wirtschaft und dem höchsten Lebensstandard in Europa ist eine westliche Demokratie mit einer von den Radikalen mit Hilfe der Massenmedien beherrschten öffentlichen Meinung. Es sieht nicht so aus, als ob in nächster Zeit andere Demokratien des Westens Schwedens Schritt folgen würden, ihm heftet aber etwas an, das das Ereignis über die Tagespolitik heraushebt.

und der Südvietsamen sei ein Verbrechen und ein Verbrechen vorliege, für die Neutralität das Gewicht des Schwedens nicht ausreichte, das es ...
Es folgte jedenfalls die Errichtung einer NLF-Vertretung, also der politischen Vertretung des Vietkong, in Stockholm. Das deren Sprecher nun die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Hanoi gerade im Hinblick auf die Pariser Friedensgespräche so außerordentlich lebhaft begrüßt, versteht sich nur zu gut. Die Regierung Südvietsams wird ignoriert, die Anerkennung des Vietkong könnte noch folgen. Schweden, das — wie man allerdings anerkennend hervorheben muß — sich immer auch zur Verfügung der UN und ihrer Friedensaufgaben gehalten hat, mag hoffen, durch die Anerkennung Nordvietsams die USA in der neuen Ära Nixon dadurch unter Druck zu stellen, so daß sie rascher auf die kommunistischen Bedingungen in Paris eingehen und echte Verhandlungen eröffnen.

Im Sommer des Vorjahres veröffentlichte das schwedische Außenministerium ein Weißbuch zur Politik in der Vietnamfrage, das nicht zuletzt angesichts der leidenschaftlichen Debatten in der Öffentlichkeit die Argumente der Regierung und der sie tragenden Partei darlegen sollte, zugleich aber auch dazu bestimmt war, die antimerkantische Haltung als durchaus übereinstimmend mit der Neutralitätspolitik darzustellen. Bekanntlich hat das Verhalten Schwedens, die Flut von Demonstrationen, die Zulassung des sogenannten „Russel-Tribunals“, die Rolle des Erziehungsministers Palme und anderer führender Linkspolitiker bei der Haßwelle gegen die USA zur zeitweisen Abberufung des amerikanischen Botschafters geführt. Mit Recht konnte man schwedischerseits aber darauf hinweisen, daß Neutralität nicht die Freiheit der Kritik einschränke und daß es selbst dem Regierungsmitglied, insoweit es Staatsbürger ist, nicht verwehrt werden könne, sich kräftig zu engagieren. Der Krieg der Amerikaner

Dem Krieg — jedem Krieg — den Garaus zu machen, ist verdienstlich. Es gibt schon genug Böses in der Welt. Fragwürdig scheint es, nur, sich dadurch ein gutes Gewissen zu schaffen, daß man dabei alle die übersieht, die etwa in Südvietsam ihre Hoffnungen auf die Demokratien des Westens, auf deren Ideale der Freiheit und nationalen Selbstbestimmung gesetzt hatten. Neutralität duldet zwar die kommunistisch beherrschten Teil der Welt nicht, also kann sie dort, wo man sie akzeptiert, auch nicht ohne Wertung sein. Das Prinzip, an dem Schwedens Schritt, dessen diplomatische Opportunität hier nicht näher zu erörtern ist, besteht also darin, daß angesichts der wachsenden geistigen Unsicherheit im Westen, was denn eigentlich Freiheit und Menschenwürde seien, kurzerhand Ost und West, Diktatur und Demokratie über einen Leisten geschlagen werden und man das dann auch noch „radikale Gesinnung“ nennt. Ideologie statt Moral als Basis der Neutralität — das ist der Weg, auf dem die Neutralität sich selbst abschafft.

Auftakt zum Wahljahr

Nach knapp drei Wochen der Ruhe kehrt das österreichische Leben zum parlamentarischen Geschehen zurück. Am Freitag wird der Bundesrat, die Föderal- oder Sechser-Gipfel der Regierungsmittel, darunter auch das keine Anzeichen, daß schon wieder Agrarkomplimenten und schließlich die Frage des Bundespräsidenten in Anwesenheit des Vizekanzlers, des Ministers für Finanzen, Außen und Unterricht sowie des Staatssekretärs für Information sind die äußeren Zeichen, freilich nicht nur für den Wiederbeginn, sondern noch mehr für den Eintritt der Innenpolitik in eine neue Phase. Die Inseratenaktion „1000 Tage Klaus-Regierung“ und die als Leistungs- und Rechenschaftsbericht angelegte Konfrontation mit den

Journalisten sind offenbar als ein bewußt auf diese neue Phase — auf den beginnenden Wahlkampf in den Ländern und für die Nationalratswahlen 1970 — hin angelegter Auftakt zu verstehen. Die Regierung wird offenbar dokumentieren, daß sie am Ball zu bleiben und die Initiative in der Hand zu behalten gedenkt. Die Voraussetzungen dafür sind zweifellos günstig. Nicht nur scheinen die Stimmungstexte der Meinungsforscher positiv zu lauten, auch wirtschaftlich steht das Team Klaus-Wilhelm wieder auf einem festen Boden. Dennoch sind noch einige Hürden zu nehmen, etwa in Sachen Stahlreform. Von der Art, wie man sie bewältigen wird, mag heuer und 1970 noch manches abhängen.

Journalisten sind offenbar als ein bewußt auf diese neue Phase — auf den beginnenden Wahlkampf in den Ländern und für die Nationalratswahlen 1970 — hin angelegter Auftakt zu verstehen. Die Regierung wird offenbar dokumentieren, daß sie am Ball zu bleiben und die Initiative in der Hand zu behalten gedenkt. Die Voraussetzungen dafür sind zweifellos günstig. Nicht nur scheinen die Stimmungstexte der Meinungsforscher positiv zu lauten, auch wirtschaftlich steht das Team Klaus-Wilhelm wieder auf einem festen Boden. Dennoch sind noch einige Hürden zu nehmen, etwa in Sachen Stahlreform. Von der Art, wie man sie bewältigen wird, mag heuer und 1970 noch manches abhängen.

IDEOLOGY INSTEAD OF MORALITY

The step taken by the Swedish Government, in recognizing North Vietnam, is the consequence of a protracted development; it does not come as a surprise but it is no less significant, because of that. Sweden has pledged itself to neutrality whose political handling is of course of vital interest also to the other two neutrals, Austria and Switzerland. The country which for decades has been run by the Social Democrats has an extraordinarily modern economy and the highest living standard in Europe; it is a Western democracy with a public opinion dominated by the Radicals with the help of the mass media. It does not look as if other democracies in the West would follow Stockholm's step in the very near future; but there is something about that step which lifts this event above daily politics.

In the summer of last year, the Swedish Foreign Ministry published a White Book dealing with the policy on the Vietnam issue which, last but not least in view of the passionate debates in public, was supposed to explain the arguments of the government and of the government party but which at the same time was intended to make the point that this anti-American attitude was entirely consonant with the neutrality policy. As we know, Sweden's behavior, the flood of demonstrations, the fact that authority was granted for the so-called "Russell Tribunal," the role of Education Minister Palme and other left-wing politicians, coupled with the hate campaign against the United States, led to the temporary recall of the United States ambassador. But the Swedes were quite justified in pointing out that neutrality does not restrict the freedom to criticize and that even a member of the government, insofar as he is a citizen, cannot be denied the right to commit himself heavily. The war of the Americans and of the South Vietnamese was seen simply as a "crime" and wherever there is a crime, it was said, neutrality should not excuse the conscience of the neutral.

Of course, if we look back for some time into the past, it will hardly be possible, in the re-interpretation of Swedish neutrality policy in the case of Vietnam, to overlook certain objectives which go back to 1965 and even before. In other words: the humanitarian commitment has increasingly been displaced by an ideologization which, from the very beginning, piles all guilt on the Americans, on the "anticommunists," and which refused to acknowledge the political and military facts of life in Southeast Asia. Was the build up of such a radical ideology--not only in this respect--supposed to represent a substitute for the general boredom in a welfare-state democracy? It is always easy and pleasant to have a whipping boy.

At any rate, a NLF mission was set up, in other words, the political representatives of the VC set themselves up in Stockholm. It is only too easily understandable that the spokesman of these VC representatives has now so extraordinarily happily welcomed the establishment of diplomatic relations with Hanoi, particularly in view of the Paris peace talks. The government of South Vietnam is being ignored and the recognition of the VC might still follow. One must of course always admit and emphasize that Sweden has also always made itself available to the UN and its peace missions; by recognizing North Vietnam, Sweden may hope to be applying pressure on the United States in the new Nixon era, so that the United States would more quickly accept the communist conditions in Paris and open up genuine negotiations.

Ending war--any war--is a meritorious achievement. There is enough evil in the world, as is. The only questionable thing, it appears, is that some people are in this way giving themselves a good conscience by overlooking all those who, perhaps in South Vietnam, had placed their hopes in the democracies of the West, in their ideals of freedom and national self-determination. Neutrality is not tolerated in the communist-dominated part of the world, in other words, where it is accepted, it cannot be devoid of any value relationship or reference. The basic aspect of the Swedish step, whose diplomatic opportunity we do not want to discuss in any greater detail at this point, thus consists in the fact that, in view of the growing intellectual uncertainty in the West, as to what freedom and human dignity really are supposed to be like, the East and the West, dictatorship and democracy are quickly lumped together and that all of this is, on top of it all, referred to as "radical outlook." Ideology instead of ethics as basis of neutrality--that is the way in which neutrality abolishes itself.

European unity

Be brave

The idea of a European political community made its public appearance this week, after a year of devoted inside work in which, for once, Britain's "Europeans" have taken the lead. It was unveiled by Mr George Brown, whose exploratory trips to continental capitals led to the curious episode six weeks ago when *L'Express* decided that the British Government had a plan of this sort up its sleeve and Mr Wilson rolled over backwards to deny anything of the sort.

Mr Brown is not easily deterred. On Thursday he called for "another Messina conference" to launch negotiations for a political community, just as the European Economic Community was born, at Messina 14 years ago, after the collapse of the proposed European defence community. This was the way round the present road-block in Europe, he argued. It was also the way to give Europe the united weight which it patently had not had during the Czech crisis, in the Middle East, in last autumn's monetary crisis or in Nato decisions.

Mr Brown's community would cover foreign policy and defence, monetary policy, joint arms production and, perhaps, the whole field of advanced technology. It would have a council of ministers which "in the first stages" would draw its mandate from the national governments, a parliament with effective power of control (unlike the present European parliament) and an executive commission which (again unlike the EEC's) would thus be democratically controlled. The institutions would develop their full status gradually; but from the start there would be no national power of veto.

From the start, that's to say, you can count France out; but Mr Brown argued that if others showed themselves determined to go ahead the French would join in, just like—but much sooner than—the British, who sniffed down their noses at Messina, and were knocking hopelessly at the doors of Brussels seven years later. Two small obstacles: how far would European governments today dare push ahead against the opposition of a major European power, as they did in 1955-56? And Mr Brown, unlike M. Paul-Henri Spaak, moving spirit of Messina, is, alas, nobody's foreign minister.

Ideologie statt Moral

VON OTTO SCHULMEISTER

Der Schritt der schwedischen Regierung, Nordvietnam anzuerkennen, ist die Konsequenz einer längeren Entwicklung; er kommt nicht überraschend, ist deswegen aber nicht weniger bedeutend. Denn Schweden bekennt sich zur Neutralität, deren politische Handhabung naturgemäß auch für die beiden anderen Neutrals, Österreich und die Schweiz, von vitalem Interesse ist. Das von den Sozialdemokraten seit Jahrzehnten regierte Land mit einer außerordentlich modernen Wirtschaft und dem höchsten Lebensstandard in Europa ist eine westliche Demokratie mit einer von den Radikalen mit Hilfe der Massenmedien beherrschten öffentlichen Meinung. Es sieht nicht so aus, als ob in nächster Zeit andere Demokratien des Westens Stockholms Schritt folgen würden, ihm haftet aber etwas an, das das Ereignis über die Tagespolitik heraushebt.

Im Sommer des Vorjahres veröffentlichte das schwedische Außenministerium ein Weißbuch zur Politik in der Vietnamfrage, das nicht zuletzt angesichts der leidenschaftlichen Debatten in der Öffentlichkeit die Argumente der Regierung und der sie tragenden Partei darlegen sollte, zugleich aber auch dazu bestimmt war, die antiamerikanische Haltung als durchaus übereinstimmend mit der Neutralitätspolitik darzustellen. Bekanntlich hat das Verhalten Schwedens, die Flut von Demonstrationen, die Zulassung des sogenannten „Russell-Tribunals“, die Rolle des Erziehungsministers Palme und anderer führender Linkspolitiker bei der Haßwelle gegen die USA zur zeitweisen Abberufung des amerikanischen Botschafters geführt. Mit Recht konnte man schwedischerseits aber darauf hinweisen, daß Neutralität nicht die Freiheit der Kritik einschränke und daß es selbst dem Regierungsmitglied, insoweit es Staatsbürger ist, nicht verwehrt werden könne, sich kräftig zu engagieren. Der Krieg der Amerikaner

und der Südvietnamesen sei einfach ein „Verbrechen“ und wo ein Verbrechen vorliege, dürfe die Neutralität das Gewissen des Neutralen nicht entschuldigen, hieß es.

Wer freilich auf längere Zeit zurückblickt, wird in der Neuinterpretation der schwedischen Neutralitätspolitik am Fall Vietnams kaum darum herumkommen, gewisse Zielstrebigkeiten zu erkennen, die bis auf 1965 und früher zurückgehen. Anders gesagt: An die Stelle des humanitären Engagements ist immer mehr eine Ideologisierung getreten, die von vornherein alle Schuld den Amerikanern, den „Antikommunisten“ aufbürdet und sich weigerte, die politischen und militärischen Tatsachen in Südostasien zur Kenntnis zu nehmen. Sollte der Aufbau einer solchen radikalen Ideologie — nicht nur in dieser Hinsicht — einen Ersatz darstellen für die Fadesse in der Wohlfahrtsdemokratie? Einen Sündenbock zu haben, ist immer bequem.

Es folgte jedenfalls die Errichtung einer NLF-Vertretung, also der politischen Vertretung des Vietkong, in Stockholm. Daß deren Sprecher nun die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Hanoi gerade im Hinblick auf die Pariser Friedensgespräche so außerordentlich lebhaft begrüßt, versteht sich nur zu gut. Die Regierung Südvietnams wird ignoriert, die Anerkennung des Vietkong könnte noch folgen. Schweden, das — wie man allerdings, anerkennend hervorheben muß — sich immer auch zur Verfügung der UN und ihrer Friedensaufgaben gehalten hat, mag hoffen, durch die Anerkennung Nordvietnams die USA in der neuen Ära Nixon dadurch unter Druck zu stellen, so daß sie rascher auf die kommunistischen Bedingungen in Paris eingehen und echte Verhandlungen eröffnen.

Dem Krieg — jedem Krieg — den Garaus zu machen, ist verdienstlich. Es gibt schon genug Böses in der Welt. Fragwürdig scheint es nur, sich dadurch ein gutes Gewissen zu schaffen, daß man dabei alle die übersieht, die etwa in Südvietnam ihre Hoffnungen auf die Demokratien des Westens, auf deren Ideale der Freiheit und nationalen Selbstbestimmung gesetzt hatten. Neutralität duldet man im kommunistisch beherrschten Teil der Welt nicht, also kann sie dort, wo man sie akzeptiert, auch nicht ohne Wertbezug sein. Das Prinzipielle an dem schwedischen Schritt, dessen diplomatische Opportunität hier nicht näher zu erörtern ist, besteht also darin, daß angesichts der wachsenden geistigen Unsicherheit im Westen, was denn eigentlich Freiheit und Menschenwürde seien, kurzerhand Ost und West, Diktatur und Demokratie über einen Leisten geschlagen werden und man das dann auch noch „radikale Gesinnung“ nennt. Ideologie statt Moral als Basis der Neutralität — das ist der Weg, auf dem die Neutralität sich selbst abschafft.